

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Katharina Günther-Wünsch (CDU)

vom 09. Dezember 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Dezember 2022)

zum Thema:

Außen- und sicherheitspolitische Bildung an Berliner Schulen

und **Antwort** vom 27. Dez. 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Dez. 2022)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Frau Abgeordnete Katharina Günther-Wünsch (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/14269

vom 09. Dezember 2022

über Außen- und sicherheitspolitische Bildung an Berliner Schulen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Vor dem Hintergrund des Angriffskriegs Putins auf die Ukraine, zunehmend komplexeren geopolitischen Spannungen weltweit und den damit verbundenen Auswirkungen auf Unternehmen, Zivilgesellschaften und Haushalte: Plant die Senatsbildungsverwaltung eine Re-Priorisierung der Themensetzung in politischer Bildung innerhalb der geltenden Rahmenlehrpläne für Berliner Schulen hin zu einer Heraufstufung außen- und sicherheitspolitischer Themenblöcke, insbesondere der Geopolitik, Geoökonomie und (Krisen-)Diplomatie?

Zu 1.: Innerhalb geltender Rahmenlehrpläne werden seitens der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) grundsätzlich keine Priorisierungen vorgenommen, außer durch die Benennung von Prüfungsschwerpunkten für zentral zu prüfende Abiturfächer, zu denen Politikwissenschaft nicht zählt.

2. Hat die Senatsverwaltung konkrete Vorhaben oder Planungen, wie Außen- und Sicherheitspolitik stärker in Berliner Lehrplänen an Schulen verankert werden soll? Bitte erläutern.

Zu 2.: Der Fachteil C Politikwissenschaft des Rahmenlehrplans für die gymnasiale Oberstufe befindet sich aktuell im Prozess der Überarbeitung. Die dafür im Schuljahr 2023/2024 einberufene Fachkommission wird aktuelle internationale Entwicklungen berücksichtigen.

3. Besteht bei der Senatsverwaltung im Rahmen einer sorgfältigen Lehrplanentwicklung ein strukturierter Austausch mit schulpolitisch verantwortlichen Ministerien und Behörden anderer Bundesländer im Hinblick auf die wachsende Notwendigkeit von außen- und sicherheitspolitischer Bildung an Berliner Schulen sowie des Austausches von „Best Practices“?

Zu 3.: Die SenBJF steht auf Arbeitsebene in Kontakt mit Referentinnen und Referenten anderer Bundesländer und tauscht sich dabei auch über Fragen der Curricula aus. Aktuelle Entwicklungen der internationalen Politik sind dabei ebenfalls Gegenstand der Beratungen.

4. Hat die Senatsverwaltung Kenntnis darüber, inwieweit derzeit verwendete Lehrmaterialien dafür geeignet sind, aktuelle geo- und außenpolitische Entwicklungen mit den spürbaren Auswirkungen auf Berliner Schülerinnen und Schüler darzulegen?

5. Hat die Senatsverwaltung bereits begonnen, das Berliner Lehrpersonal dabei zu unterstützen, die wachsenden Komplexitäten außenpolitischen Handelns in Lehrplänen zu integrieren?

Zu 4. und 5.: Gemäß des Schulgesetzes für Land Berlin (SchulG) entscheiden die Fachkonferenzen der Schulen eigenverantwortlich über die Einführung von Schulbüchern. Lehrwerke bedürfen demzufolge keiner Genehmigung durch die SenBJF, sodass zur thematischen Ausrichtung von Schulbüchern keine Aussagen getroffen werden können. Es liegt in der Eigenverantwortung der Verlage die Inhalte ihrer Lehrwerke an aktuelle politische Entwicklungen anzupassen.

Über die Auswahl und den Einsatz von Lernmittel entscheidet jede Lehrkraft im Rahmen der Beschlüsse der Fachkonferenzen eigenverantwortlich. Bei der Recherche und Erstellung von geeigneten Unterrichtsmaterialien wurden und werden die Berliner Lehrkräfte durch die SenBJF seit dem ersten Tag des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine durch Rundmails und Fachbriefe mit Unterrichts- und Materialhinweisen sowie durch spezielle Fortbildungen unterstützt.

6. Wie viele Kooperationsveranstaltungen (inkl. Unterrichtsbesuche) mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr, die im Rahmen der curricularen Vorgaben durch Praxisnähe und Erfahrung einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung leisten, hat es in den vergangenen fünf Jahren an Berliner Schulen gegeben? Aufgeschlüsselt nach Kalenderjahren.

Zu 6.: Die Anzahl der Veranstaltungen von Jugendoffizieren der Bundeswehr in bzw. mit Berliner Schulen in den vergangenen fünf Jahren kann der nachfolgenden Aufzählung entnommen werden.

2018: 121

2019: 124

2020: 56

2021: 20

2022: 39

7. Wie ist der Besuch von Jugendoffizieren der Bundeswehr an Schulen in Berlin derzeit rechtlich geregelt?

Zu 7.: Schulbesuche externer, nicht am Schulleben beteiligter Dritter sind nicht spezial-, also schulgesetzlich geregelt. Nach § 67 Abs. 2 SchulG obliegt es der pädagogischen Eigenverantwortung der jeweiligen Lehrkraft, ob Vertreterinnen und Vertreter der Bundeswehr in den Unterricht einbezogen und ob außerschulische Veranstaltungen der Bundeswehr besucht werden. Bei lerngruppenübergreifenden oder schulweiten Veranstaltungen entscheidet die Schulleitung. Die Schulkonferenz kann Grundsätze zu der Frage im Schulprogramm verankern. Die Fachkonferenzen können fachspezifische Beschlüsse fassen.

Berlin, den 27. Dezember 2022

In Vertretung

Alexander Slotty

Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie